

Respekt(los) ist nicht -

Einsatzkräfte sind kein Freiwild

Positionspapier der FDP-Landtagsfraktion

Oktober 2020

POLIZEI

FEUERWEHR

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein **FDP**

Respekt(los) ist nicht - Einsatzkräfte sind kein Freiwild

I. Die Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste geben jeden Tag ihr Bestes für unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unser Wohlergehen. Ein nicht unerheblicher Teil der Einsatzkräfte von Feuerwehren und Rettungsdiensten leistet diese Arbeit ehrenamtlich.

Nicht akzeptabel sind die Behinderung und Gefährdung von Einsatzkräften durch Beschimpfungen, körperliche Übergriffe und blockierte Rettungsgassen, die längst kein neues Phänomen mehr sind. Warnen muss uns gleichermaßen auch eine wahrnehmbare gesellschaftliche Relativierung von Respektlosigkeit gegenüber Einsatzkräften.

Die tätlichen Angriffe auf Polizeibeamte vor kurzem in Stuttgart oder Frankfurt sind bundesweit durch die Medien gegangen. Vor allem die Auslöser und die sich entwickelnde Dynamik des Gewaltgeschehens gegen Einsatzkräfte sind in diesen Fällen besorgniserregend.

II. Die Landespolizei Schleswig-Holstein hat seit Jahren höchste Zustimmungswerte in der Bevölkerung. Gleichwohl muss auch die Polizei sich immer wieder selbstkritisch hinterfragen und transparent aufklären. Für uns Freie Demokraten ist es dabei selbstverständlich, dass Verfehlungen geahndet und Missstände aufgearbeitet werden. Der Polizei insgesamt jedoch einen „latenten Rassismus“ zu unterstellen ist ebenso falsch wie eine Generalkritik, die eine gesamte Berufsgruppe ohne sachliche Grundlage vorverurteilt.

Gemeinsam mit den Präsidenten der ihm unterstehenden Sicherheitsbehörden hat Bundesinnenminister Seehofer am Dienstag, den 6. Oktober 2020 einen Lagebericht zu rechtsextremistischen Verdachtsfällen bei der Polizei und in anderen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern vorgestellt. Erstellt wurde der Bericht vom Bundesamt für Verfassungsschutz.

Insgesamt ergab sich hieraus, dass sich ein strukturelles Problem im Hinblick auf Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern nicht erwiesen hat. Konkret für Schleswig-Holstein

ergab sich aus dem Bericht, dass in einem Zeitraum von 1. Januar 2017 bis 31. März 2020 unter 8.700 Mitarbeitern lediglich drei Verdachtsfälle bezüglich rechtsextremer Tendenzen ergeben haben. Das macht einen prozentualen Anteil von 0,03% aus und zeigt auf, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Polizeieinsatzkräfte in Schleswig-Holstein hinter den Werten unseres Grundgesetzes steht.

Kritik muss fair und objektiv sein und auf einer seriösen Grundlage basieren. Wir haben es daher begrüßt, dass sich Polizeigewerkschaften offen für die Erstellung einer unabhängigen Studie über mögliche rassistische Tendenzen bei der Polizei gezeigt haben. Sie ließe sich auf weitere Felder ausdehnen. Eine Studie bietet für uns die Grundlage für eine notwendige Versachlichung der Diskussion. Gleichzeitig unterstützen wir jede Maßnahme, die die Landespolizei von innen heraus unternimmt und erkennen dabei u.a. das Positionspapier der Gewerkschaft der Polizei „Haltung geben – Haltung stärken“ vom 30. September 2020 als das richtige Signal an. Sowohl die Datenanalyse, die Fehlerkultur und die hohe Zustimmung in der Bevölkerung zeigen, dass die Landespolizei unser aller Respekt verdient. Wir Freie Demokraten stärken ihr den Rücken.

III. Auch wenn die Zahl der Angriffe auf Polizeikräfte konstant bleibt, geben die zunehmende Heftigkeit der Attacken bis hin zur Enthemmung und die jüngsten Ausschreitungen aus sogenannten Alltagssituationen Anlass zur Sorge. Die Bundesregierung und Gewerkschaften wollen dieser Entwicklung mit Kampagnen gegensteuern. Auch die Jamaika-Koalition hat eine Respekt-Kampagne im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die wir nicht nur auf die Polizei beschränken, sondern auf alle Einsatzkräfte wie Feuerwehren und Rettungsdienste erweitern wollen.

Es heißt dort: „Daher starten wir eine öffentliche Initiative zur Stärkung des Respekts und der Wertschätzung polizeilicher Arbeit für unsere Gesellschaft.“ (Quelle: Koalitionsvertrag, Seite 76). Wir Freie Demokraten wollen diesen uns selbst gege-

benen Auftrag erweitern. Auch die Einsatzkräfte der Feuerwehr und anderer Rettungsdienste sind aggressivem Verhalten, verbalen Anfeindungen und physischen Angriffen ausgesetzt und werden damit bei der Ausübung ihrer essentiellen Arbeit behindert. Wir wollen und müssen deutlich machen: Gewalt gegen Einsatzkräfte ist kein Kavaliersdelikt. Und schon gar nicht etwas, für das man in den Sozialen Medien Zuspruch erfahren sollte. Achtung und Wertschätzung für die Arbeit aller Einsatzkräfte müssen wieder gesellschaftlicher Konsens werden.

IV. Für die FDP stehen dabei die folgenden Punkte im Vordergrund:

1. Die Behinderung von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften muss schnell und konsequent sanktioniert werden. Außerdem muss es eine konsequente strafrechtliche Verfolgung von Hetze und Aggression gegen Einsatzkräfte im Internet geben.

2. Es soll wissenschaftlich untersucht werden, welche unterschiedlichen Erscheinungsformen der Gewalteinwirkungen auf Einsatzkräfte vorliegen und wie sie in Zukunft verhindert werden können.

3. Mit Schulen, Sportvereinen, Jugendvereinen- und -verbänden soll ein intensiver Aufklärungs- und Informationsaustausch stattfinden.

4. Wir wollen, dass Öffentlichkeit hergestellt wird mit Plakaten, eine Zusammenarbeit mit den Medien stattfindet und Veranstaltungen durchgeführt werden.

5. Es soll wissenschaftlich untersucht werden, in welchen Milieus und zu welchen Zeiten eine besonders auffällige Gewaltbereitschaft gegen Einsatzkräfte erkennbar ist und mit welchen Maßnahmen einer möglichen Radikalisierung entgegengewirkt werden kann.

6. Neue Formen des Gewaltgeschehens müssen zeitnah analysiert werden und Einfluss in die Ausbildung und in das Einsatztraining finden. Wir wollen, dass Polizistinnen und Polizisten bestens ausgebildet und ausgerüstet mit diesen Situationen

umgehen können.

7. Auch bei den Einsatzkräften der Feuerwehren und Rettungsdienste sollen diese Erkenntnisse in Aus- und Weiterbildungen Eingang finden, um ihnen einen entsprechenden Umgang mit diesen Situationen zu ermöglichen.

8. Wir wollen, dass eine vorurteilsfreie wissenschaftliche Studie über das Bestehen rassistischer Tendenzen bei der Polizei und deren Ursachen auf den Weg gebracht wird, um so eine Versachlichung der Debatte zu erreichen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen unmittelbar in die Einstellungs- und Auswahlverfahren von Polizeianwärterinnen und -anwärtern hinsichtlich der Qualifizierung für den Polizeidienst einbezogen werden.

V. Angesichts der Vorfälle in Stuttgart und Frankfurt, inakzeptablen Äußerungen führender Politikerinnen und Politikern, dem viel diskutierten „Müll-Artikel“ oder dem Landesantidiskriminierungsgesetz in Berlin wollen und müssen wir bei diesem Thema das Tempo erhöhen und die auf Schleswig-Holstein zugeschnittene Respektkampagne zügig starten.

Oktober 2020

Jörg Hansen, MdL
Polizeipolitischer Sprecher,
FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Kontakt zur Fraktion:

FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Tel.: (0431) 988-1480
Email: info@fdp.ltsh.de
Web: www.fdp-fraktion-sh.de